

Assistenten-Ordnung

der

Technischen Hochschule
Carolo-Wilhelmina

in

Braunschweig.

Genehmigt durch Verfügung des Braunschweigischen
Ministers für Volksbildung Nr. V I 363/27 vom
25. Mai 1927, mit Wirkung vom 1. April 1927.

112. 47. 4557



1927.



UB Braunschweig 84



10238-089-3

Assistenten-Ordnung

der Technischen Hochschule Carolo-Wilhelmina.

§ 1.

Für diejenigen Lehrstühle der Technischen Hochschule Braunschweig, bei denen der Braunschweigische Minister für Volksbildung die Notwendigkeit der Unterstützung des Professors durch wissenschaftliche Hilfsarbeiter für erforderlich hält, werden im Haushaltsplan der Hochschule Mittel zur Besoldung dieser Hilfskräfte zur Verfügung gestellt.

§ 2.

Diese Hilfskräfte führen die Dienstbezeichnung Assistenten.

§ 3.

Die Assistenten sollen in der Regel ein volles Hochschulstudium durch das Bestehen einer staatlichen oder staatlich anerkannten Prüfung oder durch die Erwerbung des Doktorgrades abgeschlossen haben. Mit der Assistententätigkeit ist pflichtmäßig verbunden die Vertiefung der eigenen wissenschaftlichen Ausbildung.

§ 4.

Bei der Einstellung von Assistenten sollen, soweit es sich um gleichwertige Bewerber handelt, braunschweigische Staatsangehörige vor reichsdeutschen und deutschen Bewerbern aus den abgetrennten Gebieten bevorzugt werden und diese wiederum vor Ausländern. Ausschlaggebend bleibt bei der Wahl die Tüchtigkeit der Bewerber.

§ 5.

Assistentenstellen sollen denen vorbehalten bleiben, von denen erwartet werden darf, daß sie die durch die Hochschule

gebotene Gelegenheit zur Vertiefung ihrer Ausbildung für ihren Beruf auszunützen vermögen. Die Assistententätigkeit darf 3 Jahre nicht übersteigen.

Verlängerung der Tätigkeit über drei Jahre hinaus ist nur auf besonderen Antrag mit ministerieller Genehmigung zulässig. Sie wird nur auf 1 Jahr erteilt und muß für jedes weitere Jahr neu beantragt werden.

§ 6.

Das Dienstverhältnis kann von beiden Teilen mit dreimonatiger Frist, jedoch nur auf Semesterschluß — d. i. 31. März und 31. Juli — gekündigt werden.

Die Kündigung hat in allen Fällen schriftlich zu erfolgen.

Eine Entlassung während des Semesters ohne Innehaltung der Kündigungsfrist kann bei wichtigem Grund dem Assistenten vom Rektor gewährt oder von ihm z. B. bei dienstwidrigem Verhalten eines Assistenten verfügt werden.

§ 7.

Der Assistent hat nach den Anweisungen des Professors zu arbeiten, dem er als Hilfskraft beigegeben ist. Veröffentlichungen solcher Arbeiten, die aus dieser Tätigkeit hervorgegangen sind, bedürfen der Genehmigung des vorgesetzten Professors. Präparate, Modelle, Apparate, Zeichnungen, Entwürfe usw., die von dem Assistenten im Dienst angefertigt sind, bleiben Eigentum der Hochschule.

Jeder Assistent ist verpflichtet, innerhalb der Hochschule Betätigung in gleichartigen oder verwandten Arbeitsgebieten vorübergehend zu übernehmen.

§ 8.

Den Assistenten steht in jedem Jahr Urlaub von 21 Tagen zu. Anspruch auf Urlaub kann erst nach einsemestriger Tätigkeit erhoben werden. Der Urlaub soll in der Regel in die Hochschulferien fallen. Weitergehende Urlaubserteilung bedarf der Genehmigung des Rektors.

§ 9.

Im Falle einer Dienstbehinderung durch ärztlich zu bezeugende Krankheit werden die Vergütungen bis zur Dauer

von 26 Wochen gezahlt, jedoch nicht über das Ende des Dienstverhältnisses (§§ 5, 6) hinaus.

§ 10.

Bei Reisen im ausschließlichen Interesse der Hochschule erhalten die Assistenten nach den für die planmäßigen Beamten der Besoldungsgruppe 10 geltenden Bestimmungen Tage- und Uebernachtungsgelder und Ersatz der Fahrtauslagen. Bei Reisen, die sowohl im Interesse der Assistenten wie der Hochschule gemacht werden, kann ein Reisekostenzuschuß nach dem Ermessen des vorgesetzten Professors gezahlt werden.

§ 11.

Abgesehen von den allgemeinen Vorschriften dieser Ordnung wird das Dienstverhältnis der Assistenten durch den Dienstvertrag geregelt, der zwischen dem Professor und dem Assistenten zu vereinbaren ist und der Unterschrift des Dekans bedarf. Für den Dienstvertrag ist das von der Hochschule vorgeschriebene Formular zu benutzen.

Dienstverträge über eine Monatsvergütung von mehr als 300 *ℳ* bedürfen der Genehmigung des Rektors.

§ 12.

Die Mittel für die Besoldung der Assistenten werden bestritten aus einer Pauschalsumme, die für jedes Jahr im Haushaltsplan der Hochschule jeder Abteilung für diejenigen Lehrstühle zur Verfügung gestellt wird, für die der Braunschweigische Minister für Volksbildung Hilfskräfte bewilligt hat.

Es bleibt den Abteilungen überlassen, die ihnen bewilligte Pauschalsumme in Pauschalbeträgen an die in Frage kommenden Lehrstühle zur selbständigen Verwaltung zu überweisen, oder allein durch den Dekan verwalten zu lassen. Die Verantwortung für ordnungsmäßige Verwaltung, insbesondere für Nichtüberschreitung der verfügbaren Mittel trägt der Dekan.

§ 13.

Um in einzelnen Fällen Schwierigkeiten in der Besoldung von Assistenten beseitigen zu können, wird im Haushaltsplan ein Betrag von etwa 5% des gesamten Besoldungsbedarfs für

Assistenten zur Verwendung durch Rektor und Senat vorbehalten.

§ 14.

Die Vergütungen für die Assistenten sind im Dienstvertrage in einheitlichen Monatsbeträgen auszuwerfen. Etwaige besondere Wohnungsgeldzuschüsse, Frauen-, Kinderzuschläge oder ähnliche Nebenbezüge werden nicht gewährt; sie sind in den Monatsbeträgen mit enthalten.

Die Vergütungen werden monatlich nachträglich bei der Hochschulkasse gezahlt.

§ 15.

Die Abteilungen sind verpflichtet, aus Sparsamkeitsgründen darauf zu halten, an Stelle von Assistenten, studentische oder andere Hilfskräfte zu beschäftigen, soweit die zu leistende Arbeit es zuläßt. Die Vergütung der studentischen Hilfskräfte richtet sich nach der Zahl der vereinbarten und abzuleistenden Wochendienststunden.

§ 16.

Diese Ordnung tritt mit Wirkung vom 1. April 1927 in Kraft. Bestehende Dienstverträge sind mit dieser Ordnung in Uebereinstimmung zu bringen. Soweit das nicht schon zum 1. April 1927 durchführbar ist, soll es bis 31. Juli 1927 geschehen sein. Die in § 14 vorgesehene „nachträgliche“ Monatszahlung wird erst bei Neueinstellungen durchgeführt.

Braunschweig, den 25. Mai 1927.

Der Braunschweigische Minister für Volksbildung.

Marquardt.



